

## Digest der Liberalen Arbeitnehmer

# Der Netz Werker

02 / 2010

Direkt aus dem Herzen der Basis



in dieser Ausgabe lesen Sie:

Seite 3:**LAN-Thema**

Hartz IV in Sachsen

Seite 3 und 8:**LAN-Bericht:**

34. Landesparteitag der FDP Sachsen

Seite 4-6:**LAN-Interview:** Sven Morlok  
Sachsen fit machen für 2020Seite 7:**LAN-Thema:**

ELENA

LAN gegen staatliche Datensammelwut

## LAN begrüßen Jobcenter Kompromiss

Das Bunde-verfassungsgericht hatte bekanntlich eine Neuorganisation der Jobcenter bis Ende 2010 verlangt, weil in ihnen die Aufgaben von Kommunen und Arbeitsagenturen unzulässig vermischt würden. Nach monatelangem Ringen haben sich CDU/CSU, FDP und SPD im Rahmen einer Bund-/ Länderarbeitsgruppe nunmehr auf eine Grundgesetzänderung verständigt. Diese ermöglicht zunächst den Fortbestand der 346 gemeinsam von Kommunen und Bundesagentur für Arbeit getragenen Jobcenter über das Jahresende 2010 hinaus. Diesen Jobcentern soll auf Wunsch der Union die Option eingeräumt werden, dass die Kommunen die Betreuung der Langzeitarbeitslosen in Alleinregie übernehmen können. Die SPD setzte sich allerdings mit der Forderung durch, die Zahl solcher Optionskommunen künftig auf 110 (aktuell 69) zu begrenzen. Die liberalen Arbeitnehmer sprechen sich dafür aus, dass allen Kommunen, die dies wünschen, das Recht zum Optieren eingeräumt wird. Die Vorteile für das Optieren liegen dabei klar auf der Hand. Die Kommunen sind vor Ort einfach näher dran, sowohl an den Problemen der Bürger, als auch an den Erfordernissen der regionalen Wirtschaft.

## Neues von Horst Köhler ?



## Der präsidiale „Abkanzler“

..wenn Führungskräfte nicht mehr motivieren (Kommentar Seite 2)

## NetzWerker Interview: mit Sven Morlok



### Auf ein Wort



Sachsen fit machen für 2020

## LAN goes Berlin-Brandenburg

17. April 2010

Gründungsversammlung der Liberalen  
Arbeitnehmer Berlin - Brandenburg e.V.

## LAN Buchtip: Oskar Negt - Wozu noch Gewerkschaften?

Oskar Negt ist seit Jahren bekannt als ein kritischer Begleiter der deutschen Gewerkschaften. Seine Analyse setzt sich wohlthuend von jenen Schriften ab, welche das Ende dieser Organisationen voreilig beschwören. Dies tut er freilich nicht, ohne aufzuzeigen, wie sich die Gewerkschaften künftig den Herausforderungen der Zeit stellen müssen. Dabei bezeichnete er die dogmatische Selbstbeschränkung der Gewerkschaften auf ihre klassischen Aktionsfelder, wie das Verhandeln von Lohn und Arbeitszeit, als kontraproduktiv. Im Ergebnis der Globalisierung ist es dem Kapital möglich der Konfrontation mit den Gewerkschaften auszuweichen, indem es einfach auswandert. Bei seinen Analysen hat er den ganzen Menschen im Blick, er zeigt, dass es ein Leben außerhalb der Erwerbstätigkeit gibt und dessen Qualität in einem umfassenden Sinne von der Ökonomie bestimmt wird. Er sieht die Aufgabe der Gewerkschaften, welche über eine große Organisationsmacht und im Prinzip auch über ideologische und politische Ressourcen verfügen, an der

außerbetrieblichen Front tätig zu werden. Eine solche Erweiterung des politischen Horizonts wäre folglich nicht nur im Sinne einer humanistischen und fortschrittlichen Politik für die Erwerbstätigen wünschenswert, sie wäre dagegen auch ein Ausweg aus der derzeitigen ökonomischen Sackgasse in welcher die Gewerkschaften gelandet sind. Wir können Oskar Negt in seiner Diagnose nur zustimmen, denn das von den Gewerkschaften geschaffene Vakuum wird eben auch durch uns Liberale Arbeitnehmer als Interessenvertretung der liberalen Arbeitnehmerschaft gegenüber Politik und Gesellschaft gefüllt.



Oskar Negt  
**Wozu noch Gewerkschaften?**

Steidl Verlag, 1. Auflage  
ISBN-10: 3865211658  
Abmaße: 18x10,8x16  
Preis bei amazon.de: 5 EUR (zzgl.Versand)  
Quelle Text und Bild: amazon.de



## LAN Systemkritik: Norbert Just (*Chefredakteur - Der NetzWerker*)

### Wenn Führungskräfte nicht mehr motivieren

Mann über Bord? - hat man sich wohl in den vergangenen Monaten gefragt. Von Horst Köhler, unserem Bundespräsidenten, jedenfalls keine Spur. Das geistig moralische Gewissen unseres Landes war verstummt - genau bis zum vergangenen Wochenende. Die Redaktion des FOCUS konnte diese Enthaltsamkeit nicht mehr ertragen und rückte dem Bundespräsidenten sprichwörtlich auf den Pelz. Die Redakteure, selber suchend nach dem Vertreter der geistig moralischen Wende, staunten nicht schlecht. Sie trafen auf einen völlig gefrusteten Schlossherren, der es einem Therapiegespräch ähnlich genoss, sich den über Monate angestauten Ärger von seiner Seele zu reden. So kritisierte Köhler zunächst den Start der schwarz-gelben Bundesregierung. Seine diesbezügliche Bitternis muss man schon verstehen, hat ihn doch genau diese Farbkonstellation noch einmal im vergangenen Jahr ins Amt gehoben. Das Wachstumsbeschleunigungs-gesetz habe ihn nachdenklich gemacht. Dies suggeriere, der Staat könne für Wachstum sorgen. Köhler geißelte dies zugleich als Staatsgläubigkeit. Ferner kritisierte er die Staatsverschuldung und jene Politiker, welche Steuersenkungen das Wort

redeten. Sodann kam der einstige Chef des internationalen Währungsfonds auf sein Lieblingsthema zu sprechen: Die Finanzkrise. Die Banken bekamen sogleich ihr Fett ab, da sie nichts dazu gelernt hätten. Mit Blick auf die schwächelnden Kandidaten im Euroraum äußerte er seine Besorgnis vor etwaigen Unruhen. Zurück nach Deutschland gewandt, kanzelte er die Politik der Bundesregierung als "politische Sandkastenspiele" ab und beklagte allgemein die "Parteienpolitik". Die derzeit intensiv, auch emotional geführte Sozialstaatsdebatte war ihm dann doch zu heiß. Hier musste ein allgemein gehaltener Satz reichen. Nach dem Abkanzeln wurde es kurzzeitig konstruktiv. Köhler forderte mehr Anstrengungen für die Bildung und mahnte die Grenzen von Wachstum und Konsum an. Dies verband er auch sogleich mit visionären Handlungsempfehlungen. So sei der Benzinpreis viel zu billig. Dies induziere ein völlig falsches Mobilitätsverhalten von uns Bürgern. War das etwa schon Alles? Leider JA. Köhler präsentierte sich als Mahner und Zauderer, von denen es hierzulande allerdings nicht mangelt. Visionen? Fehlanzeige. Von geistig moralischer Führung - nichts zu verspüren.

Eine Anleihe kann sich Köhler bei seinen Vorgängern nehmen. Die Fußstapfen eines Richard von Weizsäcker scheinen für Köhler unerreichbar zu sein. Wenn Weizsäcker seine Reden hielt, dann erstarrte das Land. Selbst ein etwas volkstümlich daher kommender Roman Herzog rüttelte die Nation mit seinem Ruf "Es muss ein Ruck durch dieses Land gehen" auf. Die Menschen brauchen, insbesondere in der aktuellen Wirtschaftskrise, Führung und Halt. Eine Identifikationsfigur abseits vom Tagesgeschäft von Politik und Wirtschaft. Horst Köhler vermag es nicht, diesen Halt zu geben. In einer Situation, wo Ethik und Moral, allem voran bei den Verantwortlichen in Wirtschaft und Politik, abhanden gekommen ist, wiegt dieses Defizit um so schwerer. Selbst die Kirchen, die moralische Institution der Nation schlechthin, befinden sich auf Tauchstation und sind mit sich selbst befasst. "Der Fisch stinkt bekanntlich von Kopfe her", heißt es in einem bekannten Sprichwort. Armes Deutschland - diese Führungskräfte hast Du nicht verdient. Seien wir zumindest froh, dass es in der gegenwärtigen Situation an einem Verführer mangelt.

## LAN Thema: Wer rettet uns Arbeitnehmer vor diesem Staat?

### Hartz IV in Sachsen: Volle Gießkannen doch die Blumen welken

Im Erzgebirge ist aktuell jeder dritte Hartz-IV-Empfänger ein sogenannter "Aufstocker", nachzulesen bei tagesschau.de am 21.03.2010. Immer mehr Unternehmen profitieren davon, dass der Staat Niedriglöhne subventioniert. So können findige Arbeitgeber ihre Löhne weiter absenken, wissen sie doch, dass der Staat bis zum Existenzminimum die Ausfallbürgschaft übernimmt und dem Beschäftigten das Einkommen mit Steuergeld aufstockt. Man braucht sich nicht um Förderprogramme oder Kredite zu kümmern, einfach weniger zahlen, den Rest erledigen die Beschäftigten aus purem Selbsterhaltungstrieb schon von allein. Die Wirtschaftsförderung bzw. Beschäftigungsförderung mit der Subventionsgießkanne kann sich eine Gesellschaft auf Dauer nicht leisten. Der Staat kann nur dann existieren, wenn er aus der Beschäftigung der Bürger Einnahmen generiert. Ein ständiges, zudem auch noch ausuferndes Zubuttern beraubt den Staat seiner Möglichkeiten, dringende Funktionen für die Allgemeinheit wahrzunehmen. Wir leben eben in Deutschland und nicht in den Vereinigten Arabischen Emiraten, wo dies noch bis vor kurzem anders funktionierte. Der Staat beraubt sich mit diesem ausufernden Kombilohnmodell zudem der Möglichkeit von Stimulierung und Lenkung. So werden keine Anreize geschaffen Vollzeitbeschäftigungen anzubieten bzw. auf der Nachfrageseite diese zu suchen. Die oben zitierte Quelle berichtet zum Beispiel vom Friseursalon "New Line" in Annaberg. Von 13 Mitarbeitern sind lediglich zwei Vollzeitkräfte. Kein Wunder, haben doch alle den gleichen Anspruch auf staatlichen Zuschuss. Das Friseurhandwerk offenbart zugleich das Übel der derzeitigen Beschäftigungsförderung. Es darf erinnert werden, dass der Beruf des Friseurs ein Facharbeiterberuf ist. Wir reden hier nicht von gering qualifizierter Tätigkeit. Und trotzdem ist es selbst mit Facharbeiterabschluss nicht möglich mit 40 Stunden Haare schneiden einen Lohn zu erzielen, welcher über dem Existenzminimum liegt. Diese Auswüchse gehören korrigiert. Dies ist u.a. auch Aufgabe der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Leider betätigen sich öffentliche Arbeitgeber nicht anders. Tagesschau.de berichtete u.a. am 21.03.2010 darüber, dass die Stadt Freiberg den Etat für die Reinigung ihrer Gebäude, um mehr als die Hälfte absenkte. Nun wird billig geputzt, dank subventionierter Minijobs. Dumm nur, was die Stadt auf der einen Seite spart, wird auf der anderen Seite vom Staat bei den Minijobs wieder draufgelegt. Unter dem Strich verbleiben: (1) gesenkte Betriebskosten der Stadt, (2) erhöhte Hartz IV-Ausgaben für den Steuerzahler, (3) weniger Kaufkraft in Freiberg, (4) weniger Einkommensteuern und natürlich (5) Gewinn bei Piepenbrock und Co, die jetzt billig putzen lassen dürfen. Drei Jahre nach der Arbeitsplatzreform kann geschlussfolgert werden: Minijobs und Hartz IV haben eine soziale Komponente derart, das Sie Menschen wieder in den Arbeitsprozeß bringen. Dauerhaft werden für die Arbeitnehmer - und Arbeitgeberseite allerdings die falschen Anreize gesetzt. Der Staat wird 2010 voraussichtlich 4 Mrd. EUR mehr mit der Hartz-IV-Gießkanne verteilen, auch wegen der Aufstocker. Eine Ende der Steigerungen ist nicht in Sicht. Aber es sieht ungeheuer sozial aus. Doch eine Wende hin zur Schaffung anständig bezahlter Vollzeitbeschäftigungen ist nicht in Sicht. Der Gärtner würde sagen: Die Blumen welken, weil alles total übergossen wurde. Deutschland braucht die Diskussion, denn die Menschen und die Unternehmen haben sich eingerichtet in einem irren System der Subventionierung.

### LAN Kommentar: Landesparteitag der Sachsen FDP am 27.03.10

#### Leistungsbezogene Bezahlung im Zeichen der Haushaltskonsolidierung

Man musste schon beiden Rednern gut und vor allem zwischen den Zeilen zuhören. Generalsekretär Torsten Herbst sprach sich für mehr "flexible und leistungsgerechte" Bezahlung im öffentlichen Dienst aus. Da gibt es wohl kaum Jemand, der ihm da offen widersprechen möchte, schon gar nicht die im öffentlichen Dienst Beschäftigten selbst. Vor dem Hintergrund der Einsparung von 1,5 Mrd. Euro im nächsten Doppelhaushalt mahnt Herbst an, dass es keine Selbstverständlichkeit sei, "dass die Gehälter im öffentlichen Dienst jedes Jahr steigen und das Gefälle zur freien Wirtschaft immer größer wird": Pikant an dieser Aussage ist, dass Torsten Herbst im Vergleich mit der Lohnentwicklung im nicht tarifgebundenen Bereich der sächsischen Wirtschaft Recht hat. Auf ganz Deutschland fokussiert, ist seine Schlussfolgerung falsch. Unter Verweis auf den Schlichterspruch im öffentlichen Dienst war am 26.02.2010 im Handelsblatt nachzulesen: *"Zudem würde ein Abschluss in Höhe des Schlichterspruch dazu führen, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienst ihren Rückstand gegenüber der Gehaltsentwicklung in der Industrie weiter aufholen können. Denn dort dürfte es nach der für die Metallindustrie vereinbarten Nullrunde in diesem Jahr kaum Lohnzuwächse geben. Die Tarifentwicklung im öffentlichen Dienst ist seit 2000 deutlich hinter der in anderen Wirtschaftsbereichen zurückgeblieben. Auch die etwas stärkeren Tarifierhöhungen seit 2007 haben diesen Rückstand nicht wettmachen können."* Zastrow setzt mit seiner Forderung nach dem Ausstieg des Freistaates Sachsen aus dem Tarifvertrag der Länder noch Eins oben drauf. Woher nimmt Holger Zastrow die Gewissheit, dass in Sachsen das gelänge, was auf Bundesebene nicht hinzubekommen ist? Oder meint die sächsische FDP in Wahrheit eine Zementierung der Einkommensunterschiede zwischen Ost und West auf alle Ewigkeit? Dies wäre ein Affront gegen die Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst Sachsens und ganz nebenbei gegen eine wichtige Zielgruppe liberaler Politik. Die liberalen Arbeitnehmer halten es dagegen mehr mit der zum Programm erhobenen Staatsmodernisierung. Die Aufgabe ist nicht Gehälter zu kürzen oder die Gehaltsentwicklung in Sachsen von der des Bundes abzukoppeln, sondern die Kernaufgaben des Staates neu zu definieren, Bürokratie abzubauen und die Tätigkeit der öffentlichen Verwaltung auf die Erfordernisse auszurichten. Ein moderner Staat braucht eine moderne Verwaltung und vor allem motivierte und leistungsgerecht gut bezahlte Mitarbeiter.

**LAN Interview:** Sven Morlok (Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit & Verkehr)

# Sachsen fit machen für 2020

## zur Person



### Persönliche Daten

Wohnort: 04299 Leipzig  
 geboren: am 05.05.1962 in Stuttgart  
 Familienstand: ledig  
 Beruf: Dipl.-Kaufmann, Geschäftsführer

### Lebenslauf

Fachgebundene Hochschulreife. 1983 bis 1985 Ausbildung zum Bankkaufmann, Heilbronn. 1985 bis 1992 Studium der Betriebswirtschaftslehre in Mannheim, Diplomarbeit in Dresden, Abschluss Diplom-Kaufmann. 1992 bis 1996 Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS), Dresden. 1996 bis 1999 Assistent der Geschäftsführung und 1999 bis 2006 Geschäftsführer der Nacap GmbH. 2007 bis 2009 Geschäftsführer der Pommer Spezialbetonbau GmbH. Seit September 2009 Sächsischer Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr und stellvertretender Ministerpräsident.

1990 bis 1993 Beisitzer im Bundesvorstand der Jungen Liberalen, 1992 bis 1993 Landesvorsitzender der Jungliberalen Aktion Sachsen; 1999 bis 2002 Beisitzer im Landesvorstand und seit 2002 Schatzmeister der FDP Sachsen, seit 2005 Vorsitzender der FDP Leipzig. 2004 bis 2009 Stadtrat in Leipzig.

Mitglied des Sächsischen Landtags seit Oktober 2004; bis 2009 stellvertretender Vorsitzender der FDP-Fraktion.

Quelle: Sächsischer Landtag

**Norbert Just:** *Sehr geehrter Herr Morlok, wir haben unseren Interview Auszüge aus Ihrer Vita vorangestellt und uns dabei auf Ihr Wirken in der Wirtschaft und in der Politik konzentriert. Die Daten sind im Wesentlichen auf Ihrer Homepage nachlesbar. Unter Anderem auch die Visionen des Sven Morlok. Dort heißt es zum Beispiel: „Der Staat zieht immer mehr Dinge an sich – auf allen Ebenen. Er schränkt damit die Freiheit der Menschen ein und behindert die Eigeninitiative“. Mit einem Zitat aus einem bemerkenswerten Interview, welches Sie am 02.11.2010 der Bild-Zeitung gegeben haben, „Weil Unternehmer sein geil ist! Man kann gestalten, entscheiden, hat viel Stress aber auch viele Freiheiten - und kann eine Menge Geld verdienen.“, möchte ich überleiten zur ersten Frage:*

*Ist Ihr Gang in die Politik bei so viel Sympathie für das Unternehmertum ein Widerspruch bzw. Bruch in Ihrem Lebenslauf?*

► **Sven Morlok:** Ich würde nicht sagen, dass das ein Bruch ist. Aber ich würde gern etwas zum Unternehmertum sagen. Ich bin schon der Meinung, dass dies ein spannendes Thema ist. Wenn wir uns mal anschauen, was bedeutet Erfolg? Dann steht heute das Thema Unternehmer sein, selbstständig sein und Verantwortung zu übernehmen nicht ganz so weit vorn. Das Bild vom Unternehmer ist leider heute negativ besetzt. Der Unternehmer ist Gegenpartei bei den Tarifverhandlungen der Gewerkschaften und wird mit Kurzarbeit und Personalabbau in Zusammenhang gebracht. Ich denke von daher ist es wichtig, dass wir zum Ausdruck bringen, dass die Unternehmer zwar eine Last zu tragen haben und Verantwortung haben, dass es Stress gibt, dass es aber eben auch Spaß macht. Ich wollte mit dem von Ihnen gewählten Zitat gerade die Möglichkeiten herausarbeiten, als Unternehmer gestalten zu können und Freiheiten zu haben. Das Unternehmertum ist weit besser als sein Ruf. Sie tragen das Risiko und sorgen für Firma und Leute, bilden aus und sind oft auch vor Ort in den Gemeinden gesellschaftlich engagiert. Um auf Ihre Fragestellung zurück zu kommen. Natürlich bedeutet das Ministeramt für mich einen Kulturwechsel. Da gibt es Themen wie Haushaltsverhandlungen. Auch das Denken in Stellenplänen war mir bis vor

kurzem völlig fremd. Als Geschäftsführer konnte ich in Abstimmung mit den Gesellschaftern die Personalplanung stets bei unmittelbarem Bedarf abstimmen.

**Norbert Just:** *Herr Morlok, wenige Tage im Amt wurden Sie konfrontiert mit der Insolvenz von Quelle. 800 Arbeitsplätze beim Leipziger Logistikzentrum standen vor dem Aus. Die Landtagsopposition sprach auch gleich von der ersten Bewährungsprobe für den neuen Wirtschaftsminister. Was kann Politik im so staatsgläubigen Deutschland in einer solchen Situation wirklich leisten?*

► **Sven Morlok:** Das Management von KarstadtQuelle hat die Zukunft verschlafen. Wie der Versandhandel heute im Zeitalter des Internet funktioniert, zeigen Andere. Der Staat ist jedenfalls nicht der bessere Unternehmer und kann in solchen Situationen wie bei Quelle, nicht einspringen. In Leipzig hat Quelle ein modernes Verteilzentrum errichtet, was jetzt für Andere interessant sein könnte. Die Politik kann nur Rahmenbedingungen schaffen und dazu gehört es, potenziellen neuen Investoren den Weg zu ebnet.

**Norbert Just:** *Herr Morlok, ich möchte zum nächsten Fragenkomplex überleiten und auf den Koalitionsvertrag zwischen CDU und FDP hier im Freistaat Sachsen zu sprechen kommen. Dort heißt es u.a. zum Thema berufliche Weiterbildung: „Wir unterstützen die Beschäftigten und die Unternehmen, sich stärker an beruflicher Fortbildung zu beteiligen. Entsprechende Möglichkeiten zur Qualifikation werden wir auch Menschen ohne Arbeit anbieten.“ Wie genau soll dies geschehen und wie soll die Finanzierung organisiert werden?*

► **Sven Morlok:** Ich sehe hier das Erfordernis einer Änderung in der Ausrichtung der bestehenden Förderprogramme zur beruflichen Weiterbildung. Heute unterbreiten Bildungsträger auf der Grundlage staatlicher Förderprogramme Weiterbildungsangebote. Ob die heutige Praxis in allen Fällen zielgerichtet ist, da habe ich schon meine Bedenken. Der Ansatzpunkt für die Förderung sollte künftig direkt das Unternehmen sein, denn dort kann konkret entschieden werden, worin der Weiterbildungsbedarf des Mitarbeiters besteht, seien dies nun Sprachen, technische oder technologische Weiter-

bildungsmaßnahmen.

**Norbert Just:** Also eine Umkehr von der Objekt- zur Subjektförderung?

► **Sven Morlok:** Wenn Sie mit Subjekt das Unternehmen meinen, dann bin ich bei Ihnen.

**Norbert Just:** Hindernisse für eine Berufstätigkeit, insbesondere von Frauen, wird immer wieder in einer mangelnden

Bundespolitik spannen.

Herr Morlok, die Bundesregierung hat sich am 7. Februar auf eine Neuregelung der

Jobcenter geeinigt. Alles voran die Optionskommunen, bei denen die Gemeinden die Aufsicht über die Arbeitsvermittlung obliegt, sollen

ausgeweitet werden. Wird die Neuordnung Ihrer Meinung nach zur Verbesserung der Vermittlungszahlen führen?



v.l.n.r. Sven Morlok (Staatsminister), Norbert Just (Chefredakteur DerNetzWerker).

Das Interview begleiteten Isabel Siebert (Pressesprecherin des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr), Hans-Georg Menzer (Redaktion DerNetzWerker)

**Vereinbarkeit von Beruf und Familie** gesehen. Im Koalitionsvertrag kann man nachlesen: Wir werden uns für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie einsetzen. Dazu gehören familienfreundliche Arbeitszeiten genauso wie Betriebs- kindergärten. Der Wiedereinstieg von Frauen und Männern nach der Elternzeit in den Beruf ist ein weiteres wichtiges Element. An welche substantziellen Veränderungen denken Sie in diesem Zusammenhang?

► **Sven Morlok:** Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördert der Freistaat schon heute mit speziellen Qualifizierungsmaßnahmen für Eltern. Ich denke hier insbesondere an das Programm „Qualifizierung von Personen in Elternzeit“, welches aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und aus Landesmitteln finanziert wird. Eine weitere wichtige Komponente für Eltern in Arbeit ist aus meiner Sicht die Entwicklung von Modellprojekten für flexiblere Öffnungszeiten der Kindertagesstätten. Was die Betriebskindergärten betrifft, hier hat die Staatsregierung die Absicht, selbst als Vorbild voranzugehen.

**Norbert Just:** Ich möchte mit meiner nächsten Frage den Bogen zur

► **Sven Morlok:** Die Vorteile für das Optieren liegen aus meiner Sicht klar auf der Hand. Die Kommunen sind vor Ort einfach näher dran, sowohl an den Problemen der Arbeitssuchenden, als auch an den Erfordernissen der regionalen Wirtschaft. Ich bin davon überzeugt, dass das zur Verbesserung der Vermittlungszahlen beitragen kann.

**Norbert Just:** Opposition und Gewerkschaften werfen dem FDP-Vorsitzenden Guido Westerwelle vor, den sozialen Frieden in Deutschland mit der von ihm induzierten Hartz-IV-Debatte zu gefährden. Christine Haderthauer (CSU) sagte, Westerwelle mobilisiere "Neidreflexe, um für seine Klientel daraus Vorteile zu ziehen". Die notwendige Diskussion zu befördern ist das Eine, welchen Lösungsansatz bringt die FDP in die Diskussion ein?

► **Sven Morlok:** Die Fakten belegen, dass die Kosten für Hartz IV ständig steigen, die Fallzahlen aber sinken! Wenn man dies als Politik nach einigen Jahren zur Kenntnis nimmt, dann ist es an der Zeit darüber nachzudenken, was aus dieser ursprünglich sinnvollen Regelung, ALG II und Sozialhilfe zusammenzuführen, geworden ist und ob es nicht sinnvoll ist,

hier gegenzusteuern.

**Norbert Just:** Ich vermisse, dass die FDP in diese Diskussion nicht ihr Konzept vom liberalen Bürgergeld einbringt?

► **Sven Morlok:** Das liberale Bürgergeld ist nach wie vor unsere Zielstellung. Wir werden dies allerdings in der aktuellen politischen Konstellation so nicht durchsetzen können. Aber Elemente des liberalen Bürgergeldes haben wir ja bereits eingebracht. Mit der Anhebung der Hinzuverdienstgrenzen bei Hartz IV-Empfängern ist es uns gelungen, Anreize zur Aufnahme von Arbeit zu schaffen und zugleich der Zielstellung näher zu kommen, die strikte Trennung zwischen Arbeitsplatzbesitzern und Arbeitslosen aufzulösen. In der aktuellen politischen Diskussion wird behauptet, wir würden eine Politik verfolgen, mit der man von seinem Erwerbseinkommen nicht mehr leben kann und so ein menschenunwürdiges Leben zum Ergebnis hätte. Da müssen wir gegenhalten. Das sehen wir eben völlig anders. Die Würde der Menschen ernst zu nehmen heißt, sie gerade nicht von den Prozessen der Arbeitswelt auszugrenzen. Arbeit ist mehr als Geld zu verdienen. Daher meine ich schon, dass es gerade im Interesse der von Arbeitslosigkeit Betroffenen ist, zu einem Nebeneinander von Erwerbs- und Transfereinkommen zu gelangen. Dies ist keine einfache politische Diskussion, aber die müssen wir als Liberale führen.

**Norbert Just:** In Berlin herrscht, um es zurückhaltend zu formulieren, zwischen den Koalitionspartnern ein angespanntes Verhältnis. Wie bewerten Sie die gegenwärtige Zusammenarbeit in der sächsischen Schwarz-gelben Koalition?

► **Sven Morlok:** Die Zusammenarbeit in der Koalition lässt sich sehr gut an. Wir haben uns angesichts der aktuellen Wirtschaftskrise relativ schnell und geräuschlos miteinander auf die Ziele dieser Koalition verständigt und die sind langfristiger Art. Langfristig heißt hier, sich zu den Eckpunkten unserer Politik über die Dauer der aktuellen Legislaturperiode hinaus, zumindest bis zum Jahr 2019, dem Jahr des Auslaufens des Solidarpaktes, zu verständigen. Der Freistaat muss dann finanziell auf eigenen Beinen stehen. Das heißt schon heute von neuen Schulden Abstand zu nehmen. Die Ausgaben sind den Einnahmen anzupassen. Schwerpunkthemen sind Innovation und Investition. Einzelthemen sind aus dem ersten Doppelhaushaltentwurf 2011/2012 der CDU/FDP-Koalition zu entnehmen, welcher im Ergebnis der Eckwerteklausur vor 14 Tagen so zwischen den Partnern

--> *Fortsetzung von Seite 5*

abgestimmt wurde. Das Leitbild der sächsischen Koalition ist „Sachsen fit machen für 2020“. Hierzu wurde ein Kabinettsausschuss zur Staatsmodernisierung eingesetzt. Das heißt Gesetze, Programme und Verordnungen hinsichtlich ihrer Effizienz, also dem Verhältnis von Nutzen zum Aufwand zu prüfen. Wir wollen kein „Rasenmäherprinzip“, wir wollen Prioritäten setzen. Die FDP hat sich hierfür bereits in der letzten Legislaturperiode im Landtag, im Landtagswahlkampf 2009 und natürlich in den Koalitionsverhandlungen mit der Union eingesetzt und sich dabei als Treiber für die Staatsmodernisierung erwiesen. Für Sachsen gilt, die Koalitionspartner, also Union und FDP, sind sich einig über das Ziel. Diskutiert wird in der Koalition nicht mehr über das Ziel, sondern um den besten Weg zur Zielerreichung. Vielleicht unterscheidet uns dies von der aktuellen Situation auf Bundesebene.

**Norbert Just:** Herr Morlok, wir nähern uns dem Ende unseres Interviews. Sie sind im Amt angekommen. 1/10-der Legislaturperiode ist vorbei. Welchen persönlichen Anspruch verbinden Sie mit Ihrer Amtsführung und welche persönlichen Ziele stehen für Sie im Vordergrund?

► **Sven Morlok:** Die Ziele der von Union und FDP getragenen Staatsregierung hatte ich auf Ihre vorherige Frage ja schon ausgeführt. Mein persönliches Ziel besteht darin, in dieser Legislaturperiode hierfür die Weichen zu stellen. Mir ist dabei völlig bewusst, dass bis zu nächsten Wahltag noch nicht jeder Punkt unseres gemeinsamen Programms umgesetzt sein wird, keine Frage. Es ist aber mein Anspruch, vieles von dem bis dahin auf den Weg zu bringen.

**Norbert Just:** Der Netzwerker ist das Digest der Liberalen Arbeitnehmer. Ich bitte Sie abschließend um Vervollständigung des nachfolgenden Satzes:

Die Liberalen Arbeitnehmer sind für mich .....

► **Sven Morlok:** .... eine wirklich exotische Organisation im Rahmen der liberalen Familie.

**Norbert Just:** Sehr geehrter Herr Morlok, stellvertretend für die Leser des Netzwerkers bedanke ich mich bei Ihnen für die Gelegenheit dieses Interview mit Ihnen hier am heutigen Tage führen zu können. Ich wünsche Ihnen für Ihre Amtsgeschäfte als sächsischer Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, sowie als stellvertretender Ministerpräsident des Freistaates Sachsen Erfolg und stets die sogenannte glückliche Hand.

(Dresden, den 11.März 2010)

## LAN Sachsen: Vorstandsklausur am 27.03.10 in Chemnitz

### Liberaler Arbeitnehmer fordern drastische Kürzung von Subventionen



**Martin Lebrecht**

Mitglied des Vorstandes und Sprecher der LAN Sachsen

Während Regierung und Opposition um Steuersenkungen im Umfang von etwas mehr als 20 Milliarden Euro streiten, weist der jährliche Subventionsbericht des Bundesfinanzministeriums jährliche Steuerergünstigungen von über 50 Milliarden Euro aus. Auf Grundlage dieser Zahlen ist die Frage berechtigt, woher die Opposition ihre Legitimation nimmt, zu behaupten, für Steuersenkungen sei kein Geld da. Es stimmt, dass Deutschland bei den Arbeitskosten in den vergangenen zehn Jahren international wettbewerbsfähiger geworden ist und im innereuropäischen Vergleich mittlerweile im oberen Mittelfeld rangiert. Dass SPD, Linke und Grüne diese

Zahlen nun zum Anlass nehmen, Steuersenkungen als ungerechtfertigt und nicht finanzierbar zu geißeln, zeigt das programmatische Vakuum, in welchem sich die drei Parteien befinden. Der im internationalen Vergleich nur moderate Anstieg der Arbeitskosten in Deutschland geht nicht, wie manch altkluger Linker gerne behauptet, auf die in den letzten Jahren durchgeführten Steuerreformen zurück. Gemessen an knapp 28 Millionen Steuer- und Beitragszahlern in Deutschland waren die unter rot-grün vollzogenen Steuerreformen ein Tropfen auf den heißen Stein. Der eigentliche Grund dafür, dass die deutschen Arbeitgeber und Arbeitnehmer heute wettbewerbsfähig sind, liegt in den mit Augenmaß ausgehandelten Tarifergebnissen der vergangenen Jahre. Besonders in der Metallbranche ist ein erfolgreicher Interessenausgleich zwischen Lohnerhöhungen und Arbeitsplatzsicherung gelungen, dessen Vorbildwirkung sich in der Folge immer mehr Gewerkschaften anschließen. Dieser Befund bedeutet gleichzeitig, dass nun der Staat eine Bringpflicht hat, die Arbeitnehmer durch Steuer- oder Beitragssenkungen zu entlasten und ihnen indirekt die in den letzten Jahren entstandenen Reallohnverluste einnahmeseitig zu ersetzen. Damit durch eine Steuerstrukturreform oder die

Absenkung der Sozialbeiträge kein größeres Haushaltsloch entsteht, muss die Regierung gleichzeitig beginnen, alle derzeit bestehenden Subventionen pauschal zu kürzen und langfristig auf unter 50% des Ist-Standes zurück zu fahren. Um Arbeitnehmer und Arbeitgeber nicht über Gebühr zu belasten, sollen die zusätzlichen Einnahmen der öffentlichen Hand aus dem Subventionsabbau mindestens hälftig in Form von Beitrags- und Steuersenkungen zurück fließen. Die restlichen Mittel gehören in den Schuldenabbau, um Deutschlands Position als verlässlicher Wirtschafts- und Finanzpartner nicht zu gefährden.

**Der 1.Mai ist bunt!**



Die LAN werden am 1.Mai 2010 mit Ständen in Chemnitz und Dresden präsent sein.

## LAN Thema: Zentrales Einkommensregister (ELENA)

### Liberaler Arbeitnehmer fordern zügige Reform



Durch die Äußerung von Bedenken wird ein schlecht geplantes und ausgeführtes Projekt noch lange nicht gut. Nur durch das Anbringen von Kritik verändert sich eine inhaltlich mangelhafte Verordnung nicht in eine Gute. Und nur mittels eines Hinweises auf rechtliche Bedenken ist es noch den Wenigsten gelungen, Gesetzesvorhaben zu ändern, von deren Abwendung ganz zu schweigen. Ähnlich sieht die Sache beim elektronischen Entgeltnachweis, kurz ELENA, aus. Man stelle sich erstens vor, die Bundesregierung führt ein Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung ein. Mittels dieses Gesetzes erhält der Staat freien Zugriff auf persönliche Daten der von ihm als potentiell gefährlich eingestuft Personen. Man stelle sich zweitens vor, eben jene Regelung wird vom Bundesverfassungsgericht für ungültig erklärt und der Staat gezwungen, die gespeicherten Daten sofort löschen zu

lassen. Man stelle sich drittens vor, der Staat löscht wie offiziell gefordert die beanstandeten Datensätze, betreibt die Praxis der Datenspeicherung auf Vorrat jedoch an anderer Stelle weiter. Spätestens mit dem letzten Punkt zieht der Staat nicht nur das Misstrauen der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger auf sich. Er dürfte darüber hinaus auch das Ansehen, vielleicht sogar einen Teil seiner Autorität, eingebüßt haben. Genau diese Konstellation ergibt sich bei der Betrachtung der Regelung zum elektronischen Entgeltnachweis (ELENA). Mit Beschluss des Bundesrates vom 18.12.2009 sind Arbeitgeber verpflichtet, eine Vielzahl arbeitnehmerbezogener Daten an eine beim Träger der Rentenversicherung eingerichtete zentrale Speicherstelle zu übermitteln. Neben den Bruttoentgelten zählen hierzu unter anderem der Tätigkeitsschlüssel, der Urlaubsanspruch, zusätzliche Leistungen des Arbeitgebers bei Beendigung oder Kündigung der Beschäftigung oder Leistungsprämien und Daten über Vorruhestandsregelungen und Abfindungen. Damit erhält der Staat Einblick in eine Vielzahl von für die Berechnung möglicher Sozialleistungen nicht relevanten Daten. Die Liberalen Arbeitnehmer sehen durch die weitere Anwendung der Verordnung (ELENA-DV) das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 2. März dieses Jahre mißachtet und fordern sofortige Reformen an der

Verordnung. Insbesondere drei Punkte sollen bei einer Reform von ELENA berücksichtigt werden:

1. Die Übermittlung persönlicher Daten der Arbeitnehmer, z.B. dessen Anschrift, wird künftig ausgeschlossen,
2. auch die Daten zu Urlaubsansprüchen, Urlaubsabgeltungen, Vorruhestandsleistungen und Abfindungen sind zur Berechnung von Sozialleistungen nicht relevant. Aus diesem Grund muss ihre Übermittlung künftig unterbleiben und
3. berufsrelevante Daten wie die festgelegte Wochenarbeitszeit, der Tätigkeits- oder Beitragsgruppenschlüssel sind für die Berechnung der Höhe der Sozialleistungen ebenfalls irrelevant und müssen ausgesetzt werden.

Darüber hinaus fordern die Arbeitnehmer die FDP-Bundestagsfraktion ebenso wie die Landtagsfraktionen auf, sich deutlich für eine unverzügliche Reform der Datensatzverordnung im Bund einzusetzen. Dass sowohl CDU als auch CSU in dieser Frage eine andere Position beziehen, darf nicht Grund dafür sein, dem Staat eine Schnüffel-Garantie auf Kosten von Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitgeber einzuräumen. Zumal fraglich erscheint, ob die ELENA-DV dem Urteilsspruch des Bundesverfassungsgerichts standhalten kann.

#### Berlin-Brandenburg

Auf dem Landesparteitag der Berliner FDP am vergangenen Freitag und Samstag waren erstmals die Liberalen Arbeitnehmer Berlin-Brandenburg dabei. Unser Flyer und unsere gelben T-Shirts sorgten sodann für Aufmerksamkeit und Neugier. Wir erlebten Zuspruch, unter anderem eben deshalb, weil dieser Politikbereich in der Partei noch deutlich unterrepräsentiert wird. Die Internetpräsenz der LAN BB befindet sich derzeit im Aufbau. Darüber hinaus konnten wir auch den Fraktionsreferenten für Arbeitsmarktpolitik der Abgeordnetenhausfraktion für die LAN gewinnen. Am 17. April 2010 werden wir den zweiten Landesverband der Liberalen Arbeitnehmer gründen. Dies natürlich gleich für Berlin und Brandenburg innerhalb einer Organisation. (Martin Lebrecht)

#### FDP-Thüringen: Betriebsräte nicht willkommen

Die Liberalen Arbeitnehmer sehen es als einen Affront gegenüber den vielen Arbeitnehmern in ganz Deutschland an, dass ein Wahlauftrag zur Teilnahme an Betriebsratswahlen und Bildung von Personal- und Betriebsräten undemokratisch sein soll. Auch wenn dieser Aufruf durch einen SPD Minister getätigt wurde. Dem Fraktionsvorsitzenden der FDP im Thüringer Landtag scheint die reale Arbeitswelt fremd zu sein. So wie Deutschland kreative und starke Unternehmer braucht, so wichtig sind Arbeitnehmervertretungen. Eine heile Welt vorzugaukeln, schadet einer freiheitlichen Partei wie der FDP, die Sprecher für das ganze Volk sein will. Wir Liberalen sollten stolz sein, dass

unsere Partei in der Vergangenheit maßgeblich Arbeitnehmerrechte formuliert hat. Fakt ist, dass in den neuen Bundesländern ca. 65 % der Arbeitnehmer nicht auf einen Interessenvertreter zurück greifen können. Dies zeigt sich auch in der Lohn- und Gehaltspolitik, währenddessen im Öffentlichen Dienst und wenigen ostdeutschen Unternehmen eine Lohnanpassung erfolgte, arbeiten die meisten AN (ca. 65 %) bei gleicher Produktivität für bis zu 30 % geringere Löhne. Zugegeben gibt es auch keine 100 %ige Verlässlichkeit auf Gewerkschaften, wie die aktuelle Lohn- und Gehaltsrunde im Reinigungsgewerbe und im Pflegebereich zeigen.

**LAN SN: Mitgliederversammlung****Herbst puscht LAN in Brandenburg****Termine**

Am 20. Februar fand im Dresdner Liberalen Haus eine Mitgliederversammlung der LAN Sachsen e.V. statt. Als Gast der Versammlung nahm der Rechtsanwalt der LAN Sachsen, Herr Gollmar aus Chemnitz teil. Themenschwerpunkt war die Satzung des Vereins. Diese definiert den Verein als vollkommen selbstständige Organisation. Künftig werden die LAN ihren Mitgliedern auch eine kostenfreie juristische Erstberatung in Arbeitsrechtsangelegenheiten bieten können. Dies hat natürlich seinen Preis. Die neue Beitragsordnung ist sozial gestaffelt, weist jedoch im gehobenen Bereich deutliche Beitragssteigerungen auf. Die Satzung wurde (dennoch!) einstimmig beschlossen.

Im Rahmen einer Fraktionsklausur der brandenburgischen FDP weilte Sachsens FDP-Generalsekretär Torsten Herbst in Potsdam. Herbst referierte über den geradlinig nach oben verlaufenden Weg der Sachsen-FDP. Auf die Besonderheiten der sächsischen FDP angesprochen, erwähnte Herbst ganz nebenbei die Existenz einer Arbeitnehmerorganisation. Für den aussenstehenden Betrachter ist die Reklame schon verwunderlich, ist doch bekannt, dass er sich mit dem "liberalen Vorfeld" zu Hause etwas schwer tut. Eben nicht disziplinierbar. Die Brandenburger sind jedenfalls begeistert. Am 17.04.2010 ist Gründungstag der LAN in BB!

24./25.April 2010 Köln  
Bundesparteitag der FDP

01.Mai 2010 Dresden und Chemnitz  
LAN Präsenz zu den Maifeiern

20.Mai 2010 Chemnitz  
Veranstalter: Bürgerhaus Chemnitz  
"Liberaler Arbeitnehmer eine Alternative oder nur ein Feigeblatt der FDP?!"

04.-06.Juni 2010  
Klausurtagung der LAN SN

Der  
Netz  
Werker

www.der-netzwerker.info

**LAN** LIBERALE  
ARBEITNEHMER  
SACHSEN E.V.

**LAN Sachsen auf dem 34. LPT der FDP**

Landesparteitage der FDP in Sachsen sind zugleich immer auch ein Familientreffen der Sächsischen Liberalen. Familientypisch ist, man fällt sich nicht gerade gegenseitig in die Arme. Spannungen können produktiv sein und wer es einfacher mag, dem sei

gesagt, Reibung erzeugt Wärme und manchmal kommt dann das Gefühl von Behaglichkeit auf. Sven Morlok hat es sichtbar Freude gemacht bei den "Exoten innerhalb der liberalen Familie" vorbei zu schauen. Wir fanden es auch ganz nett.

**... und unsere Glückwünsche gehen an:****Holger Zastrow!**

Die liberalen Arbeitnehmer beglückwünschen Dich, lieber Holger, zum neuen VW-Phaeton und wünschen Dir in bewegten Zeiten des Mitregierens allzeit gute Fahrt. Wir bewundern Deine glückliche Hand bei der Auswahl des

Fahrzeugtyp's. Ist dieser doch "Made in Sachsen". Auch der Zeitpunkt ist gut und sensibel gewählt. Noch rechtzeitig vor den großen Sparmaßnahmen sollte man solche Dinge zielstrebig erledigen. Hat also alles bestens gepasst. Deine LAN!

Der Netzwerker erscheint als Eigenpublikation des Vorstandes der Liberalen Arbeitnehmer Sachsen e.V.

**Impressum:**

Der Netz Werker  
Digest der Liberalen Arbeitnehmer  
Sachsen e.V. - Das Basis Blatt

**Herausgeber:**

LAN Sachsen e.V:  
Annabeger Straße 79 Radeberger Str. 51  
09120 Chemnitz 01099 Dresden  
Tel.: 0371/590 56-90  
Martin Lebrecht, Öffentlichkeitsarbeit

Alle Angaben sind ohne Gewähr. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht die Meinung der Redaktion oder die des Herausgebers wiedergeben. Für unverlangt eingesendete Manuskripte und für Anzeigeninhalte übernimmt der Herausgeber keine Haftung. Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Vervielfältigungen auf Datenträgern allgemein. Der Nachdruck ist nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Herausgebers statthaft.

**Erscheinungsweise:**

ca. 8 mal jährlich, Einzelpreis bei Printversand 3,50 EUR inkl. 7% Mehrwertsteuer. Für Mitglieder des Vereins ist der Bezug mit dem Vereinsbeitrag abgegolten.